



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 09.11.2011

ABSENKUNG DER STROMSTEUER GEFÄHRDET KLIMAZIELE UND ENERGIEWENDE

Presseberichten zufolge schlägt der Vorsitzende der **CDU/CSU Bundestagsfraktion Volker Kauder vor, beim Koalitionsgipfel am Sonntag eine Absenkung der Stromsteuer zu beschließen**. Er überlege, die Steuersätze so anzupassen, dass das Aufkommen aus der Steuer von sechs auf drei Milliarden Euro halbiert würde. Um diesen Betrag sollen die Bürgerinnen und Bürger dann entlastet werden, wenn Entlastungen bei der Einkommenssteuer oder die Abschaffung des Solidaritätszuschlags nicht durchsetzbar seien.

Dazu erklärt Kai Schlegelmilch, stellvertretender Vorsitzender des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS): **„Wer in Zeiten von Klima- und Schuldenkrise darüber nachdenkt, die Stromsteuer zu senken, handelt leichtfertig und verantwortungslos. Das Gegenteil wäre richtig! Um die von der Regierung erst kürzlich in die Wege geleitete Energiewende zu schaffen, sind enorme Zugewinne bei der Energieeffizienz notwendig. Dazu leisten die Anreize durch Energiesteuern einen wichtigen Beitrag. Wer die Energiesteuern senkt, konterkariert damit sowohl des Klimaschutz als auch die Haushaltskonsolidierung.“**

Dabei ist es keineswegs ausgemacht, dass die Bürger durch eine Absenkung der Stromsteuersätze wirklich entlastet würden. Das gegenwärtige Aufkommen von 6 Milliarden Euro stammt sowohl von Privathaushalten, die die Steuern über den Strompreis bezahlen, als auch von Unternehmen, die Strom in der Produktion verbrauchen. Von der geplanten Entlastung würde also nur ein Teil tatsächlich die Bürgerinnen und Bürger betreffen. Vor allem aber ist keineswegs ausgemacht, dass eine Senkung der Stromsteuer von den Versorgungsunternehmen eins zu eins durch Strompreissenkungen an die Privathaushalte weitergegeben wird, oder ob es zu Mitnahmeeffekten kommt.

Ohnehin muss man in Frage stellen, ob bei jedem Hinweis auf steigende Steuereinnahmen gleich an Steuersenkungen gedacht werden muss. **„16,2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen sind zwar eine erfreuliche Nachricht, bei Staatsschulden im Billionenhöhe aber noch lange kein Grund Steuergeschenke zu verteilen“**, meint dazu FÖS-Geschäftsführer Damian Ludwig.

Der Anteil **von Umweltsteuern ist dabei schon heute rückläufig** (siehe: <http://www.foes.de/pdf/2011-08%20Steuerstrukturpapier.pdf>) und in Deutschland niedriger als im europäischen Durchschnitt. Die Bundesregierung sollte sich lieber daran machen einen Fahrplan

zum **Abbau der über 40 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen in Deutschland** zu entwickeln. Das bringt den **Klimaschutz UND die Haushaltskonsolidierung** voran. Folgerichtig fordern OECD und auch die EU ihre Mitgliedsstaaten genau dazu derzeit auf.

Die Regierungsbeschlüsse vom letzten Jahr, eine Luftverkehr- und Kernbrennstoffsteuer einzuführen und Energiesteuerausnahmen abzubauen, waren ein guter Schritt in Richtung ökologisch sinnvoller Haushaltspolitik. Doch statt die Energiewende voranzutreiben, scheint die CDU/CSU-Fraktion nun offenbar ihr Image als Wendehälse weiter ausprägen zu wollen: In den 90er-Jahren war die CDU für höhere Energiesteuern, als Rot-Grün diese dann umsetzte war sie dagegen, als sie selber im letzten Jahr sparen musste, entdeckte sie die Energiesteuer wieder – und nun eine erneute 180-Grad-Wende? Dass die Bundesregierung bei der Atomenergie dazu gelernt und ihre Meinung geändert hat ist zu begrüßen. Wer aber so häufig seine Meinung wechselt, untermauert immer weiter den Verdacht, dass das eigene Handeln mit inhaltlichen Überzeugungen wenig zu tun hat.

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-8902680)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.